

# Once Upon a Time in the West

Wolfgang Pircher

Würde man versuchen, viele der aktuellen globalen Probleme wie Klimakrise, Abbrennen und Abholzung des Regenwaldes, industrielle Landwirtschaft mit Monokulturen und Anwendung von Pestiziden, Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse bis hin zu Arbeitsverhältnissen, die der Sklaverei ähnlich sind, ökonomischer und sozialer Abstieg der Mittelklasse in den alten Industrieländern bei gleichzeitiger rasanter Vermehrung des Reichtums ganz weniger Milliardäre (wobei die Corona-Krise die Entwicklung noch befeuert haben dürfte<sup>1</sup>), politischen Populismus und Hang zu undemokratischen Regierungsformen, usw. usf. unter einen Begriff zu bringen, dann käme ‚Kapitalismus‘ in Frage, genauer die ‚kapitalistische Produktionsweise‘. Da die Wissenschaften und auch die Allgemeinheit in der Regel in Disziplinen denken, ist es schwer, Argumente für eine umfassende Sicht der Dinge populär zu machen. Man kennt schließlich die Hindernisse für in-

terdisziplinäre Ansätze. Es ist vielleicht symptomatisch, dass Naturwissenschaftler bestrebt sind, in ihre Untersuchungen die Sozialwissenschaften einzubeziehen. Für unseren Fall ist der Epidemiologe und Biologe Rob Wallace ein guter Ansprechpartner, sieht er doch die Corona-Pandemie in einem engen Zusammenhang mit Kapitalismus, Agrar-Industrie und Raubbau an der Natur.<sup>2</sup> Sehr kurz gesagt, geht es um den Widerspruch zwischen einer Produktion um des Reichtums willen und einer solchen, die ihr Ziel im guten Leben finden will, was heute zu einer schlichten Frage des Überlebens reduziert scheint. Die Individuen leben damit unter Bedingungen, die sie als einzelne nicht geschaffen haben und die sie in nicht unwesentlicher Art einer Gleichartigkeit unterwirft, allerdings mit unterschiedlichen Resultaten. Wenn wir diese Bedingungen als das gesellschaftliche Ganze ansehen, das für eine bestimmte Zeit konstante Züge zeigt, wie etwa für unsere

## Inhalt

- |  |    |
|--|----|
| <b>Giovanni Leghissa</b> analysiert die „Normalität der Krise“.  | 4  |
| <b>Birgit Stimpfl</b> spricht mit <b>Susanne Ursula Elsen</b> über das Konzept von Community-Development.                    | 6  |
| Nachhaltige Weichenstellungen fordert <b>Karl Gudauner</b> mit Blick auf Wirtschaft und Klima.                               | 8  |
| <b>Haimo Perkmann</b> wirft einen Blick auf die aktuell meistdiskutierten Thesen der politischen Ökonomie.                   | 13 |
| <b>Sonja Steger</b> unterhält sich mit Literaturvermittlerin <b>Lydia Zimmer</b> über ihren Buchclub <i>Die Welt lesen</i> . | 16 |
| In die Welt der gebunkerten Kunst von <b>Matthias Schönweger</b> wagt sich <b>Judith Welter</b> .                            | 17 |
| <b>Anne Maria Parteli</b> bereichert die Literaturseite <i>Savannen</i> mit ihren Gedichten.                                 | 18 |

Das Literaturfest *Sprachspiele / Linguaggi in gioco* feiert sein zehnjähriges Bestehen mit der Publikation **Kein Groschenroman**. Als Sonderedition der SAAV liegt sie dieser Ausgabe bei.

**FOTOSTRECKE**  
**Hannes Egger:** Frankfurter Szenen 2020



## Die Parabel der Holzwürmer

2020. Propheten und Trendforscher haben ihren großen Auftritt: Wir betreten eine neue Ära – Es wird eine neue Welt sein – Vieles wird anders – Nichts wird anders – Die Guten werden besser, die Schlechten schlechter. Alles muss sich immerzu ändern, damit es bleibt wie es ist.

Dabei ist die zentrale Frage für viele Bürger\*innen existentieller Natur: Werden wir unseren Lebensstandard halten können? Und wie halten wir diesen, wenn die Umverteilung nach oben nicht abreißt, wenn die Kluft zwischen arm und reich sich weiter öffnet? Wie schützen wir aber auch Umwelt und Klima? Wie können wir die Idee vom ewigen Wachstum als wirtschaftliche Grundvoraussetzung des Finanzkapitalismus aufgeben, ohne unsere Existenzgrundlage zu zerstören? Und zerstört diese Wirtschaftsordnung nicht zugleich unsere Welt?

Wir stehen vor einem großen Rätsel, das als evolutionärer Holzweg bezeichnet werden könnte. Wie eine Kolonie von Holzwürmern, die eines Tages erkennen, dass sie auf einem Boot sind, „alle im selben Boot“ aus Holz, welches zugleich ihre Nahrung ist. Es scheint, als gäbe es nur zwei Auswege: weiterfressen und untergehen, oder aufhören zu fressen und verhungern. Fragen stehen im Raum, Bücher wie *Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung* fluten den Markt, Zwischenlösungen werden gefordert: Viele plädieren dafür, weniger zu konsumieren, um Zeit zu gewinnen; andere setzen auf den Fortschritt, darauf, dass wir in Kürze nachhaltige Lösungen entwickelt haben werden („Bis wir sinken, haben wir Kiemen.“); wieder andere streiten alles ab („Wir gehen nicht unter!“); einige wenige glauben daran, dass wir einen neuen bewohnbaren Planeten finden werden („Land in Sicht!“); und manche schauen einen Film über unsere Zukunft und essen Pop-Corn dazu.

Haimo Perkmann

Ära eine Dominanz des Ökonomischen charakteristisch ist, dann wird eine ökonomische Theorie, die nicht einem Modellplatonismus huldigt, sich ihr als Wirklichkeit zuwenden müssen, was ja dem Wortsinn nach eben auf die Individuen einwirkt. Diese Wirklichkeit ist eine von der herrschenden Produktionsweise geformte, um für das Ökonomische einen präziseren Begriff zu gebrauchen. Darunter lässt sich das Zusammenspiel der technischen Produktionsverhältnisse mit der gesellschaftlichen Organisation der Produktion verstehen. Es ist klar, dass hiermit schon eine theoretische Wahl getroffen wurde, denn alle ökonomischen Theorien, die von der (unabhängigen) Distribution ausgehen, wie eben die sog. Neoklassik und ihre Nachfolger, werden damit zurückgewiesen.

Wenn man allzynthetische soziale Kraft in die Distribution verschiebt, dann taucht eine wundersam kluge Institution auf, die gleichwohl von weit weniger klugen Spielteilnehmern permanent geschaffen wird: der Markt. Die kürzeste Ideengeschichte reicht von Bernard de Mandeville, der in seiner Bienenfabel möglicherweise erstmals behauptete, dass das selbstsüchtige Handeln doch zu einem für alle vorteilhaften Ganzen führe, wobei er den materiellen Wohlstand im Auge hatte, zu Friedrich A. Hayek, der dies vorteilhafte Ganze als Markt identifizierte, der alle egoistisch Handelnden versammelt und die für sie optimale Form schafft.<sup>3</sup> Bemerkenswert bei dem Mediziner Mandeville ist die enge Verbindung zwischen wirtschaftlichem Wohlstand und moralischer Verkommenheit. Es treten die unterschiedlichsten Betrüger auf, während die Betroffenen im Dunkel bleiben. Es ist also ein Wohlstand nicht für alle, sondern für Wenige. Die schottischen Moralphilosophen, zu denen an prominenter Stelle auch Adam Smith gehörte, bemühten sich diese fatale Verbindung, zumindest in der Theorie, wieder zu lösen. Noch während Mandeville die umfangreichen Ergänzungen seiner Fabel schrieb, kam es in England zu den ersten Spekulationskrisen, die diesen Namen verdienen. Der dann als *South Sea Company Bubble* bezeichnete Aktienschwindel war auch deswegen bemerkenswert, als er die enge Verwobenheit von Politik und Finanzwirtschaft aufzeigte, eine Verbindung, die nicht aufhört erfolgversprechend zu sein. Solche Krisen aber ließen die Gesellschaft nicht zerfallen, selbst wenn die Teilung in Betrüger und Betrogene so offenkundig ist, so eint sie irgendetwas. Das ist sicherlich nicht die Hoffnung der Betroffenen, einmal selbst Betrüger zu werden, sondern der Einsatz von Gewalt in allen ihren Formen, von militärischer, politischer, ökonomischer bis hin zu ideologischer. Dazu gehört seit alters her der Entzug der Gemeingüter durch Privatisierung, was als „ursprüngliche Akkumulation des Kapitals“ dokumentiert ist. Der Wortsinn des lateinischen *privatum* = ohne Beziehung zum Staate, *privato* = die Befreiung von etwas, *privativus* = eine Beraubung anzeigend<sup>4</sup>, umfaßt ausreichend viele Bestimmungen, um die soziale Dynamik zu erfassen. **Der Neoliberalismus setzt nur eine Bereicherungstechnik fort, die schon im europäischen Feudalismus begonnen hat, sich in der Zeit des Kolonialismus auf weit entfernte Gebiete ausgedehnt hatte und schließlich in den industriell entwickelten Ländern zu prekären Arbeitsverhältnissen führte. Es sind das wechselnde Strategien, den Unterschichten die Lebensgrundlage zu entziehen:** das begann mit dem Einzug von Gemeindeland und setzt sich in der Gegenwart in der Ausdünnung staatlicher Funktionen, insbesondere solchen, die der Allgemeinheit zugute kommen. **Gleichsam als Ersatz wird ein**



Ein gelehriges Kind des kolonialen Kriegskapitalismus war der Finanzkapitalismus, wie er mit den kolonialen Handelsgesellschaften aufblühte und Anfang des 17. Jahrhunderts sein Heiligtum schuf, die Börse. In ihr florierte, was Don Joseph de La Vega 1688 „Die Verwirrung der Verwirrungen“ nannte und erklärend für den Titel hinzufügt, „daß kein Verstand eine Welt von Unklarheiten begreifen und keine Schilderung sie klarstellen kann“ wie sie eben an diesem Ort herrscht.<sup>8</sup> Jemand, der sich intensiv mit den schätzbaren Geheimnissen der Finanzwelt auseinandergesetzt hat, urteilt darüber ziemlich unfreundlich: „Es gibt wahrscheinlich keinen größeren Humbug in der Welt als das sogenannte Finanzwesen. Die einfachsten Operationen, die Budget und Staatsschuld betreffen, werden von den Jüngern dieser ‚Geheimwissenschaft‘ mit den abstrusesten Ausdrücken bezeichnet; hinter dieser Terminologie verstecken sich die trivialen Manöver der Schaffung verschiedener Bezeichnungen von Wertpapieren – die Umwechslung alter Papiere gegen neue, die Herabsetzung des Zinses und die Erhöhung des nominellen Kapitals, die Erhöhung des Zinses und die Herabsetzung des Kapitals, die Einführung von Prämien, Bonussen und Prioritätsaktien, die Unterscheidung zwischen amortisierbaren und nicht amortisierbaren Annuitäten, die künstliche Abstufung der Übertragungsmöglichkeiten der verschiedenen Papiere in einer Weise, daß das Publikum von dieser abschließenden Börsenscholastik ganz verwirrt ist und sich in der Mannigfaltigkeit der Details ganz verliert. Den Wucherern aber bietet jede derartige neue Finanzoperation eine gierig erwartete Gelegenheit, ihre unheilvolle und räuberische Tätigkeit zu entfalten.“<sup>9</sup> **Wie erinnerlich, kommen großen, selbstverschuldeten Krisen und Zusammenbrüchen des Finanzsektors die Staaten gerne zu Hilfe und springen mit dem Geld der Steuerzahler ein. Das tat Großbritannien auch im Fall der Sklavenhändler.** Die Aufhebung der britischen Sklaverei im atlantischen und karibischen Raum durch die Regierung 1833 war begleitet von der Gründung der Slave Compensation Commission, welcher die ehrenvolle Aufgabe zufiel „die Entschädigungsforderungen der Sklavenhalter aufzunehmen, zu bewerten und die Auszahlung zu legitimieren hatte (ein Sklaven-, Sklavenhalter- und Wertegister von außerordentlicher Bedeutung). Für die rund 800.000 Versklavten des britischen Sklavereisystems ... bekamen rund 46.000 Sklavenhalter, darunter viele heute noch bekannte und zum Teil berühmte Familien, rund 20 Millionen Pfund (in heutigen Werten zwischen 16 und 17 Milliarden Pfund), die größte Summe der britischen Geschichte vor dem Banken-Bailout 2009. Die ehemals Versklavten, nach dem 1. August 1834 noch für rund vier Jahre ‚Lehrlinge‘ (apprentices) bei ihren Besitzern, bekamen nicht nur keine Entschädigung, sie mussten auch 45 Stunden pro Woche ohne Lohn weiterarbeiten. Größter Empfänger von Entschädigungsgeldern war John Gladstone, Vater des mehrfachen viktorianischen Premierministers William Ewart Gladstone. Er erhielt £106.759 Entschädigung für 2.508 Versklavte, die er auf neuen Plantagen besaß (in modernen Werten £80 Millionen ...).“<sup>10</sup> Eben diesem Sohn und seinen Finanzgauleuten half Marx seine Aufmerksamkeit zugewandt, was nun keineswegs eine streng wissenschaftliche Verbindung von Sklaverei und Finanzwelt belegt, aber zumindest dies, dass beides gleichzeitig in einer Welt stattfand. Aber, so könnte man sagen, die letzte Rate an die Nachkommen der Sklavenhalter wurde schon 2015 ausbezahlt und über eine so lange Erinnerungszeit verfügt man in der Finanzwelt nicht.

HERAUSGEBER	Distel-Vereinigung	AUTONOME PROVINZ BOZEN SÜDTIROL		PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO ALTO ADIGE
ERSCHEINUNGSTORT	Bozen			
PRESIDENT	Johannes Andreasen			
VORSTAND	Peter Paul Brugger, Gertrud Gasser, Martin Hanni, Bernhard Nussbaumer, Reinhold Perkmann, Roger Pycha Hannes Egger, Haimo Perkmann			
KOORDINATION				
VERANSTALTUNGEN				
PRESSERECHTLICH				
VERANTWORTLICH	Vinzenz Ausserhofer			
FINANZGEBARUNG	Christof Brandt			
SEKRETARIAT	Hannes Egger I – 39100 Bozen, Silbergasse 15 Tel +39 0471 977 468 Fax +39 0471 940 718 info@kulturelemente.org <a href="http://www.kulturelemente.org">www.kulturelemente.org</a>			
GRAFIK & SATZ	Barbara Pixner			
DRUCK	Fotolito Varesco, Auer			
LEKTORAT	Olivia Zambiasi			
BEZUGSPREISE	Inland Euro 3,50, Ausland Euro 4,00			
ABONNEMENT	Inland Euro 22,00, Ausland Euro 29,00			
BANKVERBINDUNGEN	Südtiroler Landessparkasse Bozen IBAN IT30 P060 4511 6010 0000 1521 300 Gedrukt mit freundlicher Unterstützung der Südtiroler Landesregierung, Abteilung Deutsche Kultur			

Die **kulturelemente** sind eingetragen beim Landesgericht Bozen unter der Nr. 1/81. Alle Rechte sind bei den Autorinnen und Autoren. Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion und Angabe der Bezugsquelle erlaubt.



# Die Normalität der Krise

## Eine geoökonomische Beobachtung

Giovanni Leghissa

**Wir haben uns längst an den Gedanken gewöhnt, in einer gefährlichen Welt zu leben, in der wir stets auf unbekannte Katastrophen vorbereitet sein müssen. Was wir heute haben, ist jedoch eine „neue Normalität“, die darin besteht, den Ausnahmezustand zum Normalzustand zu machen. Dabei lässt uns der Diskurs über diese neue Form der Normalität vergessen, dass dies schon immer der Fall war.**

Wir verfügen, um es mit Herbert Simon zu sagen, über eine bloß begrenzte Rationalität [bounded rationality] und sind daher nicht in der Lage, den Verlauf der Ereignisse vorherzusehen. Selbst die größte Flut an Informationen über unsere Umwelt ermöglicht keine zureichende Analyse. Speziell in Notsituationen sind wir immer wieder gezwungen, auf Sicht zu fahren, Entscheidungen zu treffen und darauf zu hoffen, ein zufriedenstellendes Ergebnis zu erzielen. Dies gilt für Individuen ebenso wie für große Organisationen, für Unternehmen, Konzerne oder auch Staaten. Die strukturelle Unmöglichkeit, die Zukunft auf der Grundlage unseres je heutigen Wissensstandes präzise vorherzusagen, beschreibt eben jene begrenzte Rationalität, die zugleich die Notwendigkeit von Routine bedingt, denn im Angesicht des Unbekannten setzen wir auf Routine. Wir stellen uns dem Neuen, indem wir bereits bekannte Maßnahmen ergreifen, die in ähnlichen Fällen schon einmal funktioniert haben. Auf diese Weise passen wir uns selbst in den schrecklichsten Katastrophen an die Gegebenheiten und Folgen an. Wird man mit einer Pandemie konfrontiert, ist man per definitionem unvorbereitet, und man tut, was man in solchen Fällen immer tut: zuwarten, in der Erwartung, dass sie vorübergeht; und hoffen, dass bald ein Heilmittel eintrifft. Wer vor der Pandemie Angst hatte zu sterben, hat jetzt noch mehr Angst; wer vor der Pandemie schon wusste, dass das Leben per se eine gefährliche Angelegenheit ist, genießt das Leben weiterhin, auch wenn die Gefahr des Virus groß ist. Kommt es zu einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise, werden diejenigen, die es sich vor der Krise Luxus leisten konnten, weiterhin im Luxus leben, und jene, die sich vor der Pandemie über Wasser hielten, werden den Gürtel noch enger schnallen und, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren, einen vielleicht sogar noch schlechter bezahlten Job annehmen. Bei all den Veränderungen sollten wir jedoch nicht außer Acht lassen, wie langsam sich die Erfahrungshorizonte der Menschen im Laufe der Geschichte verschieben. Nicht, um zur Erkenntnis zu gelangen, dass es „nichts Neues unter der Sonne“ gibt, sondern um einzusehen, wie komplex und schwierig es ist, bewusst kollektive, beständige Prozesse in Gang zu setzen, die zu nachhaltigen Veränderungen führen – unabhängig davon, welchen Bereich des menschlichen Lebens es betrifft.

In der gegenwärtigen Situation wird dies besonders deutlich. Die Schwierigkeiten, denen heute viele Menschen weltweit – insbesondere im reichsten und wohlhabendsten Teil der Welt – begegnen, stehen in einem direkten oder indirekten Zusammenhang mit der Zerstörung jener Logik des Marktes, die bis heute die globale Waren- und vor allem Dienstleistungsproduktion beherrscht. Die großen Unternehmen dieses Sektors agieren mit monopolistischer Macht und zerstören auf diese Weise den Wettbewerb. Etwa durch Fusionen, wenn große Unternehmen kleinere einverleiben, um deren Wettbewerbspotenzial auszuschalten. Doch häufen sich ebenso die nicht legalen Methoden, wobei große Unternehmen mit unverhohlenen Drohungen und selbst illegalen Mitteln gegen die Konkurrenten vorgehen, um diese auszuschalten. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem viele Menschen befürchten, dass die schier überwältigende Macht der großen Konzerne die Demokratie selbst, wie wir sie bisher kennen, gefährden könnten. Dies wurde im Bericht des US-Kongresses *Investigation of Competition in Digital Markets* gut dokumentiert. Der Bericht war das Ergebnis der Arbeit des Unterausschusses für Kartellrecht (Anti-trust) unter der Leitung des Kongressabgeordneten David Cicilline (RI). Er kommt ohne Umschweife zum Schluss, dass die Umsetzung strenger Kartellvorschriften die einzige Möglichkeit wäre, Player wie Amazon, Facebook und andere große Unternehmen, die im World Wide Web tätig sind, daran zu hindern, kollektive Entscheidungen durch ihre Macht, am Leben jedes Einzelnen teilzuhaben, zu beeinflussen. Was hier über die Giganten der digitalen Welt ausgesagt wird, gilt jedoch auch für die großen Unternehmen im Pharma- und Agrarsektor. Auch in diesen Sektoren dominieren nur wenige Megakonzerne weltweit sowohl die Produktion als auch den Vertrieb, was schwerwiegende Folgen für kollektive Entscheidungsfähigkeit hat. Ist es heute noch möglich, einen Kurswechsel vorzunehmen und die politischen Akteure, mithin die Nationalstaaten, dazu zu bewegen, wieder das zu tun, was von ihnen erwartet wird, nämlich ihre Aufgabe der Marktregulierung wahrzunehmen? Es stellt sich die Frage, ob die Märkte wieder zu dem werden können, was sie eigentlich sein sollten und wo zahlreiche Konkurrenten nach geltenden Wettbewerbsregeln handeln.



Sinn und Zweck der Kartellgesetze ist es letztlich, Wettbewerb zu ermöglichen. Ein Beispiel aus der amerikanischen Geschichte: Anfang des 20. Jahrhunderts dominierte die *Standard Oil Company* rund 90% des Marktes. Schließlich verfügte der Oberste Gerichtshof in einem Urteil aus dem Jahr 1911 ihre Auflösung und Aufteilung in dreißig kleinere Gruppen. An Fällen dieser Art mangelt es gewiss nicht. Aber aufgrund der systemischen Trägheit, die einen jeden Wandel so schwierig macht, muss man feststellen, dass es im Allgemeinen sehr hohe Kosten verursacht, eine Entwicklung zu verlangsamen oder in eine andere Richtung zu lenken, wenn sie erst einmal in Gang gesetzt wurde. Es ist in etwa so schwierig wie die Änderung von Gewohnheiten für das Individuum. Umso mehr, als sich im kollektiven Bewusstsein in unseren westlichen Demokratien auf allen Ebenen das Mantra durchgesetzt hat, dass die unerbittlichen Gesetze der Wirtschaft quasi Naturgesetze seien. Systemische Veränderungen sind nur dann möglich, wenn im Vorfeld ein Bewusstseinswandel stattfindet, der unsere Denkweisen und unsere Gefühlslage erfasst. Der Handlungsspielraum, der den Großkonzernen seit vielen Jahrzehnten eingeräumt wird, ist heute

immens. Darum ist die Vorstellung, sie würden freiwillig einen Schritt zurück machen und auf einen Teil der erworbenen Unabhängigkeit verzichten, geradezu naiv. Es ist ebenso schwierig sich ein Szenario vorzustellen, in dem das kollektive Bewusstsein, das sich dann in konkreten politischen Beschlüssen und von Parlamenten verabschiedeten Gesetzen niederschlägt, dazu führen könnte, den Einfluss der großen Akteure bei der Produktion und Verteilung von Waren und Dienstleistungen zu begrenzen. Doch so unrealistisch es auch erscheinen mag, dies ist der einzige gangbare Weg: Es gibt in diesem Sinne keine Gesellschaft, sondern bloß Individuen, die zusammenkommen, um an der politischen und auch wirtschaftlichen Entwicklung teilzuhaben. Diese Handlungsspielräume befinden sich in einem konstanten Verhältnis der gegenseitigen Durchdringung, so sehr jeder der Akteure auch seinen eigenen Gesetzen und Regeln unterliegt. [Von einem Unternehmen zu verlangen, seine Profite zu reduzieren, erscheint lächerlich. Jedoch wäre es nicht minder fatal, von einem Staat zu verlangen, seine Souveränität nicht mehr auszuüben.] Die gegenseitige Durchdringung ermöglicht es der Privatwirtschaft, Einfluss auf die Entscheidungen der politischen Akteure auszuüben; sie

ermöglicht es aber auch der Politik, den *Corporations* Grenzen zu setzen. Letztere Möglichkeit wurde bislang nie ernsthaft in Betracht gezogen und wir alle tragen heute die Konsequenzen. Am offensichtlichsten äußern sie sich in den sogenannten Wirtschaftskrisen. Ich sage „sogenannt“, weil diese Wirtschaftskrisen – sowohl jene, die auf die Finanzkrise 2008 folgte, als auch jene, die bald auf die Pandemie folgen wird – nicht in erster Linie Rückschläge in der Entwicklung der Warenproduktion oder des Handels sind, sondern weil sie vor allem große Vermögenstransfers von den Händen der Vielen in die Hände Weniger sind. Letztere sind die bereits zuvor privilegierten Nutznießer der so genannten Krisen. Trotz dieser Entwicklung ist es fruchtlos, moralische Urteile über die Gier der Reichen und des Großkapitals zu fällen, denn die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen ist – einhergehend mit der Entscheidung, Kartellgesetze nicht umzusetzen – lediglich die logische Antwort auf einen unausweichlichen Imperativ: der Versuch, die Komplexität des globalen Systems zu reduzieren. Die Autopoiese eines Systems, in dem eine überschaubare Anzahl an Akteuren agiert, tendiert zu linearen, steuerbaren Schemata. Dies wird besser verständlich,

wenn wir bedenken, dass die Staaten des reichen Westens eine konkurrierende Macht von enormer Dimension haben, China, das eine Politik der langsamen, aber entschlossenen Expansion betreibt. Die Begünstigung großer oligopolistischer Konzentrationen hat zweifellos einen Wettbewerbsvorteil, wenn man einen Koloss wie China zum Konkurrenten hat. Es darf nicht vergessen werden, dass Chinas Expansionspolitik, die noch in den Kinderschuhen steckt, sich auf wirtschaftlichem Terrain bewegt. Das Reich der Mitte verfolgt strategische, geopolitische Absichten. Geoökonomische und geopolitische Entwicklungen gehen ohnehin Hand in Hand. In diesem Licht erscheint es wenig sinnvoll darüber zu klagen, was die großen oligopolistischen Konzentrationen uns Bürger\*innen der westlichen Demokratien zumuten. Unter diesem Gesichtspunkt gibt es keine Innenpolitik, sondern bloß die von der Geopolitik diktierten Imperative, denn große Unternehmenskonzentrationen haben im globalen Kontext große Vorteile. Nicht zuletzt sind sie eine Möglichkeit des „Westens“, mit China auf einem Terrain zu konkurrieren, auf dem es unmöglich ist, zwischen strategischen und wirtschaftlichen Aspekten zu unterscheiden. Dies zu erkennen hilft uns dabei, die „Normalität“, mithin die Macht, die aus geopolitischen Gründen von *Megakonzerne*n ausgeübt wird, besser zu verstehen. Es sollte uns aber auch darin bestärken, für unsere zäh errungenen demokratischen Werte, die unsere Geschichte und Kultur mitgeprägt haben, weiterhin einzustehen. Es käme geradezu einer Katastrophe gleich, die Grundlagen der Demokratie Stück für Stück aufzugeben, um es unseren Unternehmen zu ermöglichen, in der globalen geopolitischen und geoökonomischen Arena wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Freiheit des Marktes, die unvermeidlich Ungleichheiten hervorruft, kann dadurch kompensiert werden, dass die Bürger im öffentlichen Raum politische Grundfreiheiten genießen. Diese Freiheiten werden jedoch nur dann bestehen bleiben, wenn der Einzelne dank angemessener sozialer Maßnahmen nicht Gefahr läuft, ins Elend zu stürzen. Heute laufen wir Gefahr, die Grundstrukturen der sozialen Marktwirtschaft endgültig in Frage zu stellen, nämlich dann, wenn das Recht systemrelevanter Konzerne, unbegrenzt zu expandieren, einen größeren Stellenwert erlangt als die Menschenwürde der einzelnen Bürger\*innen.



# Community-Development

## Fünf Fragen an Susanne Ursula Elsen

Birgit Stimpfl

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, wie kann unsere Wirtschaftsordnung umgebaut werden, um hier einen Ausgleich zu schaffen?

Da müsste viel geschehen. Das erste was mir aber dazu einfällt ist eine Trennung der politischen von der wirtschaftlichen Macht und die Wiedergewinnung des Primats der Politik über die Wirtschaft. Das ist nicht so einfach. Wir haben es ja heute im Weltmarkt zu tun mit wirtschaftlichen Akteuren, die potenter sind als ganze Volkswirtschaften. Sie lassen sich nicht politisch einhegen, vielmehr steuern sie massiv die Politik und diktieren eine destruktive Austeritätspolitik, die die Gemeinwesen unter Druck setzt und die Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsysteme kaputtspart. Eine Politik, die sich nicht der Macht bestimmter wirtschaftlicher Interessen unterwirft, müsste primär dem Gemeinwohl dienen, die brennenden Gegenwarts- und Zukunftsfragen zum Ausgangspunkt nehmen und politische Regeln für wirtschaftliches Handeln durchsetzen. Eine gerechtere Wirtschaftsordnung würde unterscheiden zwischen denen, die ohne jede ökologische oder soziale Verantwortung Kapital akkumulieren und solchen wirtschaftlichen Akteuren, die eingebunden in die Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen agieren, überwiegend kleine und mittlere Unternehmen, deren Verantwortliche ja auch einem konkreten Gemeinwesen angehören und dessen Bürger\*innen sind. Die Zerstörung von Natur und Gesellschaft durch transnationale Konzerne und insbesondere die Interessen der internationalen Finanzwirtschaft kann nicht mit der Freiheit der Märkte legitimiert werden. Die Externalisierung ökologischer und sozialer Kosten bemäntelt den Preis, den wir alle für dieses System zu zahlen haben. Reine Finanztransaktionen müssen z.B., wie schon lange gefordert, besteuert werden. Die Besteuerung der Arbeit und nicht des Kapitals ist eine der Hauptursachen von Armut.

In der derzeitigen Krise haben viele Menschen verstanden, dass wir einen verlässlichen lokal-regionalen Sektor der Versorgung mit Basisgütern brauchen, übrigens eine Forderung aus den 1980er Jahren. Ebenso alt ist die Forderung, den arbeitsintensiven Sektor durch Umverteilung aus dem kapitalintensiven zu fördern. Basisgüter sind in lokal-regionalen Märkten und Kreisläufen zu produzieren und zu handeln, nicht im erpresserischen Weltmarkt, der immer mehr kleine Produzent\*innen und den spezialisierten Handel vor Ort kaputt machen. Es gibt verschiedene Handhabungen, um lokal-regionales Wirtschaften mit positiven Effekten für das Gemeinwesen zu fördern, so etwa im öffentlichen Beschaffungswesen und in der Auftragsvergabe, welche ebenso wie Subventionen an soziale und ökologische Kriterien zu binden sind.



Sicher müssen wir angesichts der fortschreitenden Digitalisierung und der Technologie-bedingten Ersetzung menschlicher Arbeitskraft an die Grundsicherung der Menschen denken, die in verschiedenen Formen, also nicht nur durch Geldmittel, sondern auch durch Möglichkeiten der Eigenproduktion und der neuen Substanz zur Verfügung gestellt werden. Fortschrittliche Städte haben dies längst in ihre Zukunftsplanung integriert, und es gibt viele Förderprogramme zur innovativen Integration der Eigenproduktivität und alternativen Versorgungsnetze in Städten. Zentral dabei ist eine Wiedergewinnung der Gemeingüter, der „Commons“ und der Zugang der Menschen zu ihnen als Bürgerrecht. Fortschrittliche Städte verwandeln mit den Bürger\*innen Parks und Grünflächen in partizipative Räume der Gestaltung, Begegnung, der gemeinsamen Produktion und Reproduktion, so z.B. Berlin oder auch Innsbruck. Die österreichische Forschungsgemeinschaft FFG hat soeben ein Forschungsprojekt mit dem Ziel der Schaffung alternativer Nahrungsmittel-Netzwerke in dieser Form ausgeschrieben. Es geht insbesondere wieder darum, „Wirtschaften“ in seiner Pluralität als umfassenden Möglichkeitsraum zu verstehen, zu akzeptieren und zu fördern.

Neben den sozialen Ungerechtigkeiten wird immer deutlicher, dass auch unser Planet besser geschützt werden muss und wir nicht mehr viel Zeit dafür haben werden. Sehen Sie es als eine Aufgabe der Konsumenten oder der Staaten dafür zu sorgen, dass bestimmte Maßnahmen zum Schutz der Umwelt umgesetzt werden? Welche Aufgabe haben die Bildungseinrichtungen?

Das wissen wir ja nun schon seit über 40 Jahren, seit dem Bericht des *Club of Rome*, erstellt von Donella und Denis Meadows *Die Grenzen des Wachstums*. Dieser Bericht beschreibt insbesondere die ökologischen Grenzen des Wachstums. Ein begrenzter Planet kann nicht grenzenlos wachsen. Das Wachstumsmantra aber wird immer noch, auch gegen besseres Wissen, von bestimmten Interessenvertretern als Erpressungsargument gegenüber den Gesellschaften zitiert. Wir wissen auch seit über vierzig Jahren, was zu tun ist, um den Planeten zu schützen. Natürlich müssen alle dazu beitragen, ihn gegen weitere Zerstörungen zu schützen. Unser Konsumverhalten ist die eine der Stellschrauben und als Konsument\*innen haben wir eine gewisse Macht, die wir als Korrektiv noch stärker nutzen müssen. Wir verstehen, was unser Fleischkonsum oder unsere private Mobilität bewirken und auch, dass unser Lebensstil eine Frage von persönlicher Verantwortung ist, aber eben nicht nur.

Es braucht politische Antworten auf den systemischen Irrsinn: der Transport von Waren rund um den Globus, die Überproduktion von Lebensmitteln, die zu einem Drittel auf dem Müll landen, Plastikpartikel, die die Weltmeere verseuchen und ihre Bewohner töten, neue Sklaverei in der weltmarktorientierten industriellen Landwirtschaft, die Ummengen von Insektiziden und Pestiziden einsetzt, die Vertreibung von Kleinbauern, das Abfackeln des Regenwaldes zur Anlage von Monokulturen, die Zerstörung der Tragfähigkeit der Böden, die ausbeuterische Produktion von Kleidung, deren Abfallberge sich häufen. Diese Aufzählung könnte lange fortgesetzt werden. Der derzeitige Lockdown zeigt, dass viel möglich ist, wenn es politisch vertreten wird: Die Flugindustrie, die über das letzte Jahrzehnt unglaubliche Zuwachsraten verbuchte, bricht von heute auf morgen ein. Perverserweise wird sie mit staatlichen Milliarden gestützt, auch wenn ihre ökologischen Effekte bekannt sind. Es wird sie nicht mehr geben, die Kurztrips zum Shoppen in New York oder den internationalen Geschäfts- und Konferenz-Tourismus im Ausmaß der letzten Jahre. Von heute auf morgen ersetzen wir Dienstreisen und Konferenzen mit Online-Meetings. Viele junge Menschen lehnen zum Kummer der mächtigen Autoindustrie schon länger ein eigenes Auto ab und machen auch keinen Führerschein mehr. In den gesättigten Weltregionen ist der öko-soziale Wandel von unten längst im Gange. Bremsend wirkt noch die Lobby der gestrigen Mächte, die an alten Vorstellungen festhalten und die Abhängigkeit der politischen Systeme und ihrer Berater von diesen. Die Bildungssysteme müssten die Ersten sein, die Zukunftsentwürfe als Orientierung adaptieren müssten. Auch wenn hier und da ein bisschen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ auf dem Lehrplan steht sehe ich doch, dass das Bildungssystem den längst vergangenen Zukünften verhaftet ist.

Welche der beiden Ziele, Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit oder ein schonenderer Umgang mit unseren Ressourcen, ist heute prioritär zu verfolgen? Sehen Sie diese Ziele als konträr an oder erkennen Sie Synergien?

Da gibt es doch kein entweder-oder, sondern nur ein sowohl-als-auch. Beide Ziele sind in öko-sozialen Ansätzen integrativ zu verfolgen. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass viele Städte in Europa z.B. vollkommen neue Mobilitätskonzepte umgesetzt haben und den Kraftfahrzeug-Verkehr aus der Stadt verbannt haben, so z.B. Paris oder Stockholm. Das bringt eine neue Lebensqualität in die Städte. Zentral ist dabei öffentliches Grün, welches Leben und Luft in den Städten verbessert. Oder schauen wir auf die zahlreichen Initiativen, das Abstands- und Dekorationsgrün in gelebte und benutzte Grünräume zu verwandeln, mit den Bürger\*innen diese Greens zu gestalten, zu pflegen und für die Lebensmittelproduktion zu nutzen. Keine soziale Bewegung ist derzeit stärker als die des Urban Gardening. Oder nehmen sie die starke Bewegung DIYs, eine Reparatur-Bewegung, die derzeit überall wächst und für sich in Anspruch nimmt, nicht nur die Dinge, sondern die Welt zu reparieren – eine deutliche, auch symbolische Absage an Konsumismus durch repair, re-use und re-cycling. Diesen Ansatz finden wir seit geraumer Zeit auch im Design, welches eine neue Ästhetik des Gebrauchten entwickelt hat, aber auch eines



deutlichen Reduktionismus (weniger ist mehr, simplify your life) der auf Suffizienz (genug für alle) verweist. In vielen Ländern Europas können wir auch eine neue Bewegung der Genossenschaftsgründungen beobachten, also Unternehmensformen, welche soziale und wirtschaftliche Ziele verbinden, die nicht primär profitorientiert agieren und insbesondere lokal-regionale Bedürfnisse befriedigen. Italien mit seiner lebendigen Genossenschaftslandschaft und den beispielhaften Formen der genossenschaftlichen Arbeitsorganisation, der Sozialkooperativen, der Bürgergenossenschaften, die ganze Gemeinwesen organisieren oder der aktuellen workers-buy-outs (Mitarbeiterbetriebe) gilt international als modellhaft.

Als Expertin für Community-Development ist mir der integrative Ansatz sehr wichtig, der in verschiedenen Ansätzen des Wirtschaftens als „diverse economy“, also anderes Wirtschaften bezeichnet wird. Hier entstehen hoch interessante und übertragbare Modelle der Verbindung von Produzent\*innen und Konsument\*innen, etwa im Bereich der solidarischen Landwirtschaft oder des solidarischen Handwerks. Mit meinem Kollegen Luca Fazzi habe ich soeben einen Beitrag über die Pionier\*innen der Sozialen Landwirt-

schaft im Süden Italiens veröffentlicht, die Bioproduktion mit benachteiligten oder behinderten Menschen auch im Kampf gegen das organisierte Verbrechen vor Ort betreiben. Das sind integrative Modelle, die internationale Aufmerksamkeit bekommen. Zu diesem Thema arbeite ich seit Jahren in Forschung und Praxis und habe viel entdeckt und dazu publiziert. Mittlerweile sind die ökologische und die soziale Zertifizierung von Produkten wirksame Vermarktungsargumente. In der vergangenen Woche haben wir von der Veroneser Sparkassenstiftung Projektgelder für ein Vorhaben zur partizipativen Zertifizierung landwirtschaftlicher Produkte im Trentino erhalten. Dabei geht es darum, diesen Prozess als gemeinschaftliches Lernen zu gestalten.

Wenn Sie drei Maßnahmen nennen müssten, welche ein Staat oder eine Staatenvereinigung mit unserer heutigen Wirtschaftsordnung vordringlich durchsetzen müsste, welche wären dies?

Da muss ich doch gar nichts erfinden: Vor 25 Jahren war es die *Agenda 21*, welche Leitlinien für eine umsetzbare öko-sozial nachhaltige Politik empfahlen. Seit 2015 sind es die 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO (SDG, Agenda 2030), welche von vielen Staaten unterschrieben wurden und so etwas wie den kleinsten gemeinsamen Nenner für eine zukunftsfähige Entwicklung darstellen. Auch sie sind integrativ und nicht nur als Einzelziele zu verfolgen. Es braucht keine drei, sondern eigentlich nur eine mehrdimensionale Maßnahme, welche die Staaten und die Staatengemeinschaften vordringlich durchsetzen müssten: ein Zukunftspakt, welcher lokal, überregional und international Sektor-übergreifend durch Akteur\*innen von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft umzusetzen wäre.



# Jetzt sind nachhaltige Weichenstellungen notwendig

## SDG gemeinsames Dach für wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung

Karl Gudauner

Dank weltumspannender Informationssysteme erleben wir in Echtzeit die Wirkungskraft globaler wirtschaftlicher Nutzungs-, Austausch und Konsumsysteme und die dadurch bewirkten Disparitätsphänomene und Verluste an Biodiversität und intakten Lebensräumen. Die Plünderung und die Vernachlässigung von Natur und Landschaft gefährden die Versorgung der Menschen mit Wasser und Nahrung, lassen Böden veröden und spitzen soziale Ungleichheiten zu. Ausbeutung und Überfremdung, Ohnmacht und versagte Lebenschancen erzeugen jene Wut, die den unterschwelligen Zivilisationsclash befeuert, dessen Gefahr in wechselseitigen Suprematieansprüchen begründet und als auch als Reaktion auf gefühlte Existenzbedrohung ernst zu nehmen ist. In der Blase der jeweiligen Narration gefangen, scheinen Feindbilder unumstößlich. Verständigung scheitert an dem tief im kollektiven tribalen Bauch der Gemeinschaften verankerten Gefühl des Misstrauens und der Fremdheit der Anderen.

### Gemeinsame Verantwortung für das Kondominium

Die Welt wird derzeit von zentrifugalen Kräften beherrscht. Ob einzelne Individuen, Konzerne oder Staaten, zu viele richten ihr Augenmerk auf die Optimierung der eigenen Vorteile, zu Lasten der Gemeinschaft, der sozialen Sicherheit, der Lastengerechtigkeit und der natürlichen Ressourcen. Dabei macht gerade die wachsende Verflechtung deutlich, dass wir nicht verschiedene wirtschaftliche, politische oder konfessionelle Weltbilder gegeneinander ausspielen können, sondern in einem engmасhigen und wechselseitig abhängigen Kondominium leben, für das wir gemeinsam Verantwortung übernehmen müssen. Eigentlich wissen wir es schon lange: Bereits 1972 hatte der *Club of Rome* einen denkwürdigen Bericht zur Lage der Menschheit veröffentlicht, der die Grenzen des Wachstums aufzeigte und auf die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen aufmerksam machte. Für den Mangel an Empirie wurde bereits 1967 von Hans Albert der Begriff Modell-Platonismus geprägt. Von Marktrealigiosität spricht Stephan Schulmeister, um die apodiktische Vorgabe von Grundannahmen der neoklassischen Marktmodelle anzuprangern. Die Kritik am Marktliberalismus gründet sich aktuell auf wissenschaftstheoretischer Ebene darauf, dass Bedingungen als gegeben erachtet werden, die durchaus Oszillatio-

nen ausgesetzt sind und vom Verhalten der Akteure beeinflusst, wenn nicht gesteuert werden. Zuletzt hat Christian Felber in seinem Buch *This is not economy* eine lange Liste diesbezüglicher „realitätsfremder“ Annahmen angeführt. Er zitiert u.a. die Neuro-linguistin Elisabeth Wehling, die darauf verweist, dass die Grundlage unserer alltäglichen sozialen, ökonomischen und politischen Entscheidungen „Frames“ statt Fakten sind. Es werden also dem Marktmodell entsprechende Rahmensetzungen für die Handlungsspielräume vorgenommen. Einmal etabliert, werden diese nicht mehr in Frage gestellt geschweige denn eine kritische Auseinandersetzung mit den Prämissen des Modells selbst in Erwägung gezogen. Dass Wachstum eine vom Bedarf unabhängige Eigendynamik entwickelt, wurde auch durch den lange unkritisch verwendeten Indikator des Bruttoinlandsprodukt gestützt, der die markt gelenkte Produktion von Gütern und Dienstleistungen misst, aber z. B. unbezahlte Reproduktionsarbeit nicht und von Naturkatastrophen nur die Reparationskosten berücksichtigt. Thomas Piketty prangert die zunehmende Vermögenskonzentration an und den Mangel an ausgleichenden Mechanismen zur sozialen Ungleichheit in der heutigen Gesellschaft.

### Systemmängel des Marktmodells

Informationsasymmetrien, Kurzfristigkeit des Handlungshorizont, begrenzte Rationalität der wirtschaftlichen Akteure, Überwältigung der Realökonomie durch die deregulierten Finanzmärkte sind nachweislich relevante Systemmängel des Marktmodells. Dass der Marktliberalismus einerseits seinen Anspruch als gesellschaftliches Leitsystem nicht verhehlt und andererseits soziale und ökologische Kernfragen als vernachlässigbare Externalitäten betrachtet, gefährdet sowohl die Sicherung eines intakten Lebensraums als auch Gesundheit und Lebenschancen der Menschen. Während des Covid-19-bedingten Lockdown ist in vielen Bereichen das Wirtschaftssystem heruntergefahren worden. Das hat das Nachdenken darüber angekurbelt, was unserer Gesellschaft zuträglich ist und was nicht. Breites Einvernehmen bestand auf internationaler Ebene dazu, dass die Unterstützung des Neustarts der Wirtschaftstätigkeit mit Weichenstellungen verbunden werden muss, die die sozialen Sicherungssystem stärken und eine ökologische Wende in der Bewirtschaftung einleiten, um die Lebensqualität langfristig abzusichern und natürliche Ressourcen und Biodiversität zu schützen und zu erhalten. Hierfür braucht es eine konsensfähige gemeinsame Grundlage.

### Nachhaltige Entwicklungsziele der UNO als epochaler Schritt

Diesmal war es nicht Moses, der die Gesetzestafeln brachte. Dem Weg der Säkularisierung und der Übernahme von Verantwortung folgend waren es die Vereinten Nationen, die 2015 einen epochalen autonormativen Schritt vollbrachten, indem sie sich 175 Mitgliedsstaaten auf einen Katalog an Werten und Weichenstellungen für die gedeihliche Entwicklung der Erdgemeinschaft einigten. Analyse, Konzept und Maßnahmen überschreiten in ihrer Ganzheitlichkeit die bisherigen Erklärungsmodelle und liefern ein neues Paradigma für die Zukunft der Weltgemeinschaft. Die zukunftsweisende programmatische Bedeutung dieses umfassenden Dokuments ist außerordentlich. Es war Vorbild für den Green Deal der EU und inspiriert auch Regierungen und Bürgerinnen und Bürger auf lokaler Ebene.

### Zukunftspakt für Südtirol

In Südtirol betrachtet Landeshauptmann Arno Kompatscher die nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO als Richtschnur für die Politikgestaltung. Eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürger hat einen Zukunftspakt lanciert, der konkrete Punkte für einen Nachhaltigkeitsplan nennt und auf die breite Beteiligung der Bevölkerung bei den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Weichenstellungen setzt (www.zukunftspakt-pattofuturo.org). Die Daten zum Klimawandel erfordern gezieltes und sofortiges Handeln. Die Umsetzung muss bereits mit dem Haushaltsplan für 2021 und einem entsprechenden Konzept für die Nutzung der Gelder des EU-Topfes für die Gemeinsame Agrarpolitik beginnen. Unerlässlich sind weitere gesetzgeberische Schritte in den einzelnen Politikfeldern, mit denen positive Ansätze ausgebaut werden und neue Schwerpunktsetzungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erfolgen. Die Ernsthaftigkeit der Wende in Richtung Nachhaltigkeit kann daran gemessen werden, ob es gelingt, strukturelle Hemmnisse abzubauen und gewohnheitsmäßiges Planungs- und Konsumverhalten umzulenken.

# Von Keynes zu Kelton: Perspektiven der Wirtschaft

Haimo Perkmann

Wir erleben 2020 als unsichere Zeit voller Fragezeichen. Aber gibt es auch Antworten? Welche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle zeichnen sich am Horizont ab? Maßgebliche Ökonomen kehren zu einer Analyse des vormals international verbindlichen Bretton-Woods-Systems' zurück, um einen Blick in die Zukunft zu werfen.

Einer dieser Ökonomen ist der Wirtschaftsmathematiker und Politiker **Yanis Varoufakis**. In seinem 2011 erschienenen Werk *Der Globale Minotaurus* legt er minutiös dar, wie ein Großteil der Gewinne an den weltweit erzielten Exportüberschüssen der Industrie – seit dem Ende des Bretton-Woods-Systems in den 1970er Jahren – in die USA zurückfließt. Diese Praxis habe zu einer enormen Verschuldung der USA geführt, jedoch die Exporte vieler anderer Staaten garantiert, welche dafür die Defizite der Vereinigten Staaten finanzierten. Darum bezeichnet er die USA als „globalen Minotaurus“, dem wir alle opfern, um weiter machen zu können wie bisher.

„Angetrieben durch das doppelte Defizit Amerikas<sup>2</sup> spuckten die führenden Überschussökonomien der Welt Güter aus, und die Amerikaner verschlangen sie. Fast 70% der Gewinne, die diese Länder weltweit einstrichen, wurden dann in Form von Kapitalströmen zurück in die Vereinigten Staaten transferiert.“ [Varoufakis: Der globale Minotaurus]

Zum Bruch dieser Ordnung kam es durch die Weltwirtschaftskrise 2008, die Amerika und den Rest der Welt in unsichere Gewässer treiben ließ. Dem Ex-Finanzminister und *Enfant terrible* der EU-Politik zufolge liege

ein zentrales Problem unserer aktuellen, persistierenden Wirtschaftskrise darin, dass der Kapitalismus, so wie Adam Smith ihn einst beschrieb, nichts mehr mit dem heute vorherrschenden Finanzkapitalismus zu tun habe. Die von F. A. Hayek idealisierte Selbstregulierung des Marktes sei nämlich nur gegeben, solange der Markt auf den Produktionsbedingungen in einem überschaubaren Rahmen beruhe, wohingegen wir heute einem globalen Wettkampf und enormen Finanzspekulationen ohne klare Spielregeln ausgesetzt seien. Hinzu kommt, dass es de facto keinen Wettbewerb mehr gibt, wenn einzelne Giganten wie Amazon praktisch konkurrenzlos den globalen Markt verkörpern. Immer wieder wird in den USA die Notwendigkeit einer Entflechtung der Mega-IT-Konzerne, namentlich der Big Five: Google (Alphabet), Amazon, Facebook, Apple und Microsoft [GAFAM] gefordert und ein Anti-Trust-Gesetz wie 1911 gegen die *Standard Oil Company* ins Spiel gebracht. De facto kündigte das US-Justizministerium im Oktober 2020 ein Kartellverfahren gegen den amerikanischen Suchmaschinenkonzern *Alphabet* an.

Trotz dieser wiederkehrenden Regulierungsversuche befinden wir uns offensichtlich in einer Zeit des ökonomischen Umbruchs. Als Kollateralschaden fallen Millionen Arbeitsplätze weg, die es schlichtweg nicht mehr braucht. Damit befasste sich auch der kürzlich verstorbene Kulturanthropologe **David Graeber** in *Bullshit Jobs*. Er analysierte darin das Phänomen neuer Arbeitsplätze, die keiner brauche und die es bloß gebe, um die bestehende, auf Arbeitsmoral aufbauende Ordnung aufrecht zu erhalten. These: Die Technologie könnte uns entlasten, stattdessen arbeiten wir alle



mehr. Auch die Arbeitslosigkeit würde durch die Schaffung sinnloser Jobs bekämpft. Graeber betrachtete daher ein gesichertes Grundeinkommen als möglichen Ausweg aus dieser Arbeitsmarktaporie. Ein Ansatz, der sich zunehmender Beliebtheit erfreut. Ein anderer Ansatz, vertreten etwa vom Wirtschaftshistoriker **Hans-Heinrich Bass**, setzt auf die Schaffung sinnvoller Arbeitsplätze durch eine innovative, von kleinen und mittleren Unternehmen getragene Industriepolitik. Er plädiert für eine stärkere staatliche und supranationale politische Kontrolle des Welthandels. Mit anderen Worten, eine Regulierung der Weltfinanzmärkte durch die Staatengemeinschaft. Aber taugt der Staat auch als Unternehmer?

#### Kapitale Aufwertung des Staates

Mit ihrer Analyse der unternehmerischen Rolle des Staates erlangte **Mariana Mazzucato**, Professorin für *Economics of Innovation and Public Value* am *University College London*, schlagartig internationale Bekanntheit. Ihr vielbeachtetes Werk *The Entrepreneurial State: debunking public vs. private sector myths* (Das Kapital des Staates) ist eine Abrechnung mit dem allseits verbreiteten neoliberalen Mythos, dass der Staat als Unternehmer nichts taue. Die Ökonomin widerspricht der landläufigen Meinung, dass der Staat sich besser nicht allzu viel in die Wirtschaft einmischen solle (als „Nachtwächterstaat“ von F. Lassalle ironisch verewigt). Akribisch weist Mazzucato nach, dass einige der bedeutendsten Innovationen unserer Zeit vom Staat im öffentlichen Interesse entwickelt und daher mit öffentlichen Mitteln finanziert wurden. Vor allem zu militärischen Zwecken, aber auch im Gesundheitswesen ließen sich bahnbrechende Ergebnisse erzielen, deren Produkte erst viel später von der Privatwirtschaft übernommen wurden, welche nun Milliardengewinne damit erzielt. Beispiele: Raumfahrt und Satelliten, Mobiltelefonie, Internet und GPS. „Makers and Takers“ [Schöpfer und Abschöpfer] nennt Mazzucato das Verhältnis zwischen staatlichen Innovationen und IT-Giganten wie Apple, in dessen iPhone, so die Professorin für Werttheorie, nicht eine einzige Technologie stecke, die nicht staatlich finanziert wurde.

Vom Staat entwickelt, werden Innovationen und damit auch die Gewinne am Ende privatisiert, während die Öffentliche Hand das Wagniskapital, mithin das Risiko trägt und die privatwirtschaftlich verheerend langen Forschungszeiten in Kauf nimmt. Die Verluste „systemrelevanter“ Konzerne oder auch Banken werden hingegen re-sozialisiert, also rückverstaatlicht. Diese einseitige Ausrichtung, warnt Mazzucato, würde die Staaten langsam ausbluten und die staatliche Innovationskraft, etwa zur Meisterung der Klimakrise, langfristig hemmen. Eine Abwärtsspirale. Varoufakis nennt dies provokativ den „realexistierenden Sozialismus für die Oberschicht“.

#### Kritik der schwäbischen Hausfrau

Hier schließt Volkswirtschaftler **Heiner Flassbeck** an, der den Keynesianischen Grundsatz vertritt, dass ein Staat sich in einer Krise verschulden müsse. „Der Arbeitsmarkt ist kein Kartoffelmarkt“, wird Flassbeck in seinen Vorträgen nicht müde zu betonen. Wird der Unterschied zwischen Einzelwirtschaft und Gesamtwirtschaft verdrängt, dann lässt sich die Regel „Gibt es viele Kartoffeln, so fallen die Preise“ auch auf den Arbeitsmarkt anwenden: „Gibt es viele Arbeitskräfte, dann sinken die Löhne“. So fordert die EU immer wieder von Mitgliedsstaaten, die in einer Krise stecken, Reformen als Bedingung für die Gewährung zusätzlicher Kredite: vor allem den Abbau der Staatsschulden und eine Senkung der Löhne. Der Unterschied zum Kartoffelmarkt: Sinken die Löhne, dann sinkt auch die Kaufkraft der Arbeitnehmer, und die Wirtschaft

schrumpft weiter. Ziel verfehlt. Wenn hier der Staat, so Flassbeck, in einer Krise nicht regulierend in den Markt eingreift und sich verschuldet, sondern stattdessen in eine Krise noch hineingespant wird, kommt es zu einer Abwärtsspirale; die Arbeitslosigkeit wird steigen und nicht sinken. Darum bezeichnet Flassbeck die Agenda der *Sparsamen Fünf*<sup>3</sup> als „Logik der Schwäbischen Hausfrau“ mit ebenso wenig Weitblick.

Auch die österreichischen Ökonomen **Nikolaus Kowall** und **Philipp Heimberger** argumentieren, dass die weit verbreiteten Allgemeinplätze über reformunwillige, spendable Mittelmeerstaaten inklusive Frankreichs keineswegs zuträfen, sondern vielmehr der Stabilitäts-pakt aufgeschnürt werden müsse.

#### Diesseits von Gut und Böse

Einen neuen Zugang zur spätkapitalistischen Weltordnung beschreitet der tschechische Ökonom **Tomáš Sedláček**, der in *Die Ökonomie von Gut und Böse* moralische Kategorien in die Ökonomie-Theorie einfließen lässt. Wirtschaftliche Entscheidungen seien letztlich auch moralische Entscheidungen.<sup>4</sup> Parallel dazu positioniert sich Sedláček als Gegner großzügiger Staatsverschuldung auf Kosten zukünftiger Generationen.

Wesentlich entspannter ist der Zugang der Schumpeterianerin **Carlota Pérez**, die eine Erlösung zukünftiger Generationen von ihrer Schuldenlast im techno-ökonomischen Paradigmenwechsel, mithin dem technologischen Fortschritt errechnet hat. Wie einige andere Wissenschaftler\*innen geht sie davon aus, dass wir in einer Zeit des Umbruchs leben und die Effekte der technologischen Entwicklung auf unsere Wirtschaft uns eine neue Welt eröffnen werden.

Politologe **Dimitrios Kisoudis** erkennt hingegen in der Auflösung des Bretton-Woods-Systems 1973 den Beginn vom Ende des sogenannten freien Westens. In *Goldgrund Eurasien* erspäht er das Herausziehen einer neuen politisch-autoritären Ordnung. Er plädiert in ordoliberaler Tradition für ein auf Ordnungsaufgaben beschränktes Staatswesen und kritisiert bereits fünf Jahre vor dem europaweiten *Lockdown* den modernen Sozialstaat als „totalen Staat“, der die Freiheit der Bürger in Zukunft massiv beschränken wird. Nur seine Feinde, meint der Autor, würden den Westen noch als liberal bezeichnen. Die Westler selbst sprächen lieber von ihren Werten und meinten damit Rechte, welche die Bürger aber nicht mehr als Freiheitsrechte vom Staat einfordern dürften, sondern als Anspruchsrechte von ihren Mitbürgern, worüber wiederum der Staat wache. Vertragsfreiheit gelte in der westlichen Privatwirtschaft also nur noch eingeschränkt. Kisoudis sieht hier ein neues Spannungsfeld zwischen einem „autoritären Liberalismus“ im Osten und einem „postmodernen Geldsozialismus“ im Westen.

#### Kapital und Ideologie

Wer im Westen einen „Geldsozialismus“ herausziehen sieht, ist dem renommierten Wirtschaftswissenschaftler **Thomas Piketty**<sup>5</sup> zufolge wohl auf dem Holzweg. Piketty argumentiert ganz im Gegenteil, dass mit dem Ende von Bretton-Woods der zügellose Kapitalismus wieder zu steigender Ungleichheit führte. Während bis in die 1970er Jahre hinein das Wirtschaftswachstum die Kapitalrenditen überstieg, wodurch die Ungleichheit verringert werden konnte, führte die folgende Deregulierung zu einer Umkehr dieses Prozesses und damit wieder zu starker Vermögenskonzentration, zu einer stagnierenden Wirtschaft und letztlich zu einer Bedrohung der Demokratie. Wir steuern heute Piketty zufolge in Richtung einer Ersatz-Religion des Eigentums, flankiert von einer aus Wohlstandsbürger\*innen bestehenden akademi-

schen („brahmanischen“) Linken anstelle des einstigen Proletariats. Das von niemandem mehr repräsentierte Proletariat ist aber immer noch da und äußert sich zunehmend in spontanen, auch gewaltbereiten Protestformen bis hin zu terroristischen Aktionen. Mit seiner These, dass die Wirtschaft in Europa und Nordamerika ihr größtes Wachstum verzeichnete, als der Anteil der obersten 10% am gesamten Reichtum am kleinsten war, eröffnet Piketty einen neuen wirtschaftspolitischen Diskurs rund um die Forderung nach Umverteilung. In seinem Maßnahmenkatalog als Vorschlag zur Lösung der wieder zunehmenden globalen Ungleichheit fordert er unter anderem die Ausstattung aller Bürger\*innen mit einem Grundvermögen, kurz gesagt, ein einmaliges Grundeinkommen, dessen Höhe es ihnen erlaubt, ihre Lebensentwürfe zu beginnen.

Unter „Kapital und Ideologie“ ließe sich wohl auch die modernste ökonomische Denkrichtung aus den USA subsummieren, die als *Modern Monetary Theory* vom linken Flügel der Demokraten, etwa B. Sanders oder A. Ocasio-Cortez, in das Blickfeld der Öffentlichkeit lanciert wird. Einige der bekanntesten Vertreter\*innen der MMT, etwa **Warren Mosler** oder **Stephanie Kelton**, fordern unter anderem, dass ein souveräner Staat mit eigener Währung sich notfalls verschulden müsse, um Vollbeschäftigung zu garantieren. Stattdessen nehme die aktuelle Wirtschaftspolitik durch die Zinspolitik der Zentralbanken in Kauf, in Zeiten zu hoher Inflationsraten Arbeitslosigkeit zu schaffen. Dabei könne der Staat jederzeit Arbeitslosigkeit beseitigen, indem er als letztverantwortlicher Arbeitgeber [*Employer of Last Resort*] fungiere. Der Staat ist für die MMT-Vertreter\*innen zentral als schöpfende Instanz der Währung. Er sei somit geeignet als Garant für Vollbeschäftigung und könne jede Krise beseitigen, solange seine Geldschöpfung nicht die tatsächlich vorhandenen Ressourcen übersteigt. Solange der Staat in seiner eigenen Währung verschuldet sei, wäre all dies kein Problem. Auch namhafte europäische Ökonomen wie **Andrea Terzi** oder **Alain Parguez** tragen zur Weiterentwicklung dieser Theorie bei, jedoch hebelt die gemeinsame Währung und die geringe Größe einiger europäischer Staaten die monetäre und fiskalpolitische Souveränität der einzelnen Staaten aus. Dies wird Populist\*innen und EU-Skeptiker\*innen, die in der Covid-Krise erst einmal sang- und klanglos untergetaucht sind, bald wieder auf den Plan rufen. Zu verlockend scheint die MMT – vor allem in Italien, wo eine Politik der Abwertung der Lira in den 1980er Jahren sehr erfolgreich betrieben wurde –, um nicht den EU-Austritt eines Krisenstaates zu fordern. Spätestens in der nächsten Wirtschaftskrise, die Varoufakis zufolge nicht die nächste, sondern immer noch dieselbe sein wird.

- Der Goldstandard mit dem Dollar als Ankerwährung galt 1944–1973 als Internationales Währungssystem mit Wechselkursbandbreite (Anm.)
- Haushaltsdefizit und Handelsbilanzdefizit (Anm.)
- The Frugal Five: Dänemark, Finnland, Niederlande, Österreich und Schweden
- Er stellt damit unseren Weg entlang der Kurve des ewigen Wachstums als solchen in Frage und antwortet indirekt auf den zynischen Pragmatismus des ehemaligen Präsidenten der Tschechischen Republik, Vaclav Klaus, der da meinte: „There is no dirty or clean money, there is just green money.“ Sedláčeks Buch mit einem Vorwort von Václav Havel wurde zur Vorlage für ein Theaterstück und schließlich sogar am Tschechischen Nationaltheater aufgeführt.
- In seinen Hauptwerken: *Das Kapital im 21. Jahrhundert* und *Kapital und Ideologie*



**Für eine Ausstellung zum Thema Kunstmarkt war Hannes Egger in Frankfurt am Main. Dort hat er sich in ein Taxi gesetzt und gemeinsam mit dem Taxifahrer die Finanzmetropole mit ihren Hochhäusern und Unorten erkundet; vom berühmigten Bahnhofsviertel über das Euopaviertel bis zur jüngst rekonstruierten Innenstadt und den Vororten, vorbei an Bordellen, Junkies und Obdachlosen. „Die sind alle mit der Börse gekommen“, erzählte lakonisch der Taxifahrer. Einige Aufnahmen von dieser Rundfahrt durch die Straßen der Finanzwelt bilden die Fotostrecke der Kulturelemente #155/156.**



# Lesen ist kein einsames Hobby

Literaturecho verwandelt Lesen in ein Gemeinschaftserlebnis  
Ein Gespräch mit Lydia Zimmer

Sonja Steger

Ein Park in Meran. Zahlreiche Literaturinteressierte ließen sich Anfang Oktober nicht von der Kühle abschrecken und saßen in dicke Jacken gehüllt unter den Mammutbäumen, den bunten Lichterketten und dem verhangenen Nachthimmel. Ich hatte eine Veranstaltung mit Lydia Zimmer für den *ost west Country Club* organisiert. Die in Basel lebende Literaturexpertin und -vermittlerin nahm die Gäste an diesem Abend mit auf eine literarische Weltreise – mit Buchtipps aus aller Welt.

Lydia, Du warst für vier Wochen Gast in der *Franz-Edelmaier Residenz* in Meran. Konntest du auch Eindrücke von der Südtiroler Literaturlandschaft gewinnen?

LYDIA ZIMMER Auf jeden Fall. Ich vernetzte mich gerne und bin sehr neugierig. Dank der Beratung engagierter Buchhändler\*innen und dem Austausch mit versierten Buchmenschen vor Ort konnte ich literarisch intensiv in diese Region eintauchen. Ich bin mit über 20 Büchern im Gepäck nach Basel zurückgekehrt.

Wo ist Dein Lebensmittelpunkt, wenn Du nicht gerade in Meran arbeitest?

Die meiste Zeit im Jahr lebe und arbeite ich in der Schweiz. Doch es ist wichtig für mich zu erfahren, wo und wie andere Literaturvermittler\*innen arbeiten, was die neuen Trends sind, wie Literatur erlebt werden kann. Diese Inspiration suche ich regelmäßig auch im Ausland.

Wie sehen deine Methoden der Literaturvermittlung aus? Was ist besonders?

Ich habe meinen ganz eigenen Weg gefunden. Institutionen wie z.B. Literaturhäuser konzentrieren sich auf Veranstaltungen mit Autor\*innen und Übersetzer\*innen, für Buchhandlungen liegt der Fokus auf dem Buch, das man verkaufen will. Für mich stehen jedoch die Lesenden im Zentrum. Lesen scheint auf den ersten Blick ja ein einsames Hobby. Mit meinen Veranstaltungen und Events ermögliche ich Leserinnen und Lesern Begegnungen und Gedankenaustausch. Aktives Mitwirken und Interaktionen sind besonders wichtig. Extrem spannend finde ich, wenn Menschen aus unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten miteinander diskutieren können.

Du hast vor vier Jahren den Buchclub *Die Welt lesen* gegründet. Wie funktioniert dieser Buchclub?

Der von mir initiierte Buchclub *Die Welt lesen* zählt inzwischen über 150 Mitglieder. Jeden Monat lesen wir ein Buch aus einem anderen Land dieser Welt. Jede und jeder mit Interesse an internationaler Literatur kann teilnehmen. Mehrfach im Monat finden Treffen statt, an denen zwischen 12 und 20 Personen teilnehmen, dafür miete ich jeweils verschiedene Cafés in Basel. Seit dem Frühjahr treffen wir uns auch online. Natürlich hat die persönliche Begegnung eine andere Qualität. Aber ein Vorteil ist, dass bei den Onlinetreffen Menschen aus aller Welt teilnehmen können, z.B. haben wir Buchclub-Mitglieder in Deutschland, Italien und Norwegen. Wir lesen die Welt und diskutieren weltweit. Das ist super! Nach den Diskussionen erhalten alle Mitglieder pro Buch interessantes Hintergrundwissen, Diskussionsfragen, Audio-Beiträge und weiteres Material im Newsletter. So profitiert man auch, wenn man nicht mitdiskutiert.

Dein Angebot mit Literaturecho ist jedoch vielfältig. Was bietest Du noch an?

Neben dem Buchclub biete ich diverse kreative Formate mit Austauschmöglichkeiten an: moderierte Reihen, Workshops, Events. Es gibt auch, so kurios es klingen mag, die poetische Kombination von Tanz und Literatur bei einem Wochenend-Retreat. Ich leite außerdem im Auftrag verschiedene Angebote und Lesekreise für Institutionen wie Literaturhäuser und Bibliotheken.

Dein Schwerpunkt liegt auf lebenden Autorinnen und Autoren. Warum?

Aktuelle Literatur ist für mich ein Spiegel der Gesellschaft. Die Themen betreffen uns ganz unmittelbar. Mich interessiert, was heute passiert, gedacht wird, was heute möglich ist. Das wird in zeitgenössischer Literatur und aktueller Sprache verhandelt. Ich freue mich, in die literarischen Welten vielstimmiger Texte einzutauchen, lebendige Debatten über aktuelle Themen zu führen und gemeinsam neue Denkweisen zu diskutieren.

Dir ist es wichtig, Literaturempfehlungen zu geben und du sprichst nicht von Literaturkritiken. Warum ist dir diese Unterscheidung wichtig?

Ich selbst kaufe auch lieber ein Buch, dass mir empfohlen wird, als eines das kritisch im Feuilleton besprochen wurde. Ich möchte mit meiner Begeisterung zum Lesen animieren, zeigen dass Bücher das Leben bereichern. Ich denke positive Empfehlungen sind da klar im Vorteil.

Zum Abschluss und als Lustmacher auf deine neue Rubrik in den *Kulturelementen*: Welches Buch empfiehlist du uns?

Das Buch *Americanah* von Chimamanda Ngozi Adichie empfehle ich von Herzen. Die 1977 in Nigeria geborene Autorin ist mittlerweile eine der großen Stimmen der Weltliteratur. In diesem eindringlichen, modernen und hochpolitischen Roman reflektiert sie Themen wie Identität und Rassismus in unserer globalen Welt. Es ist ein pageturner. Dieses Buch ist perfekt geeignet, um einen Einstieg in die Literaturen Nigerias zu finden. Zudem empfehle ich hier die Rede der Autorin «Die Gefahr einer einzelnen Geschichte» auf *ted.com*. Hier zeigt Adichie auf, warum Vielfalt in der Literatur wichtig ist – für unser aller Identität.

Vielen Dank für das Gespräch!



CESARE PIETROIUSTI  
Consegna all'artista una tua banconota (minimo 50 Euro) ed egli la trasformerà con acido solforico e te la restituirà, corredata di un certificato, 2020  
Courtesy Fondazione Pietro e Alberto Rossini.  
FOTO Oppy De Bernardo, Carlo Rossini, Francesca Guerisoli

## Cesare Pietroiusti: Consegna all'artista una tua banconota (minimo 50 Euro)

Hannes Egger

Die Wirtschaft als Studienobjekt bildet das Zentrum der künstlerischen Tätigkeit von Cesare Pietroiusti. Seit 15 Jahren denkt er intensiv über Geld nach und führt Aktionen, man könnte auch sagen „soziale Spiele“ durch, bei denen er die drei Faktoren Geld, Ware und Tausch immer neu kombiniert. So manipuliert er etwa Geldscheine, verschenkt Zeichnungen mit der Auflage diese nicht weiterzuverkaufen, lädt Künstlerkolleg\*innen ein, ihre Werke gegen Ideen zu tauschen, oder bietet die Möglichkeit, Geld nur durch den Blick auf dieses zu verdienen. So geschehen mit der Performance *Money Watching* in der *Ikon Gallery* in Birmingham im Jahr 2007. Um die 10-Pfund-Note zu „erwerben“, musste

diese 15 Minuten lang ununterbrochen betrachtet werden, die 20-Pfund-Note hingegen hatte einen Gegenwert von 25 Minuten intensiver Beschauung. Am 12. September 2020 zeigte Cesare Pietroiusti in der *Fondazione Pietro e Alberto Rossini* in Brianza, kuratiert von Francesca Guerisoli, die Performance *Consegna all'artista una tua banconota (minimo 50 Euro) ed egli la trasformerà con acido solforico e te la restituirà, corredata di certificato* [Händigen Sie dem Künstler einen Geldschein von mindestens € 50 aus, so wird er diesen mithilfe von Schwefelsäure umwandeln und Ihnen zusammen mit einem Zertifikat zurückgeben]. Er tat genau das, was er im Titel seiner Performance angekündigt

hatte: Er ließ sich vom Publikum Geldscheine aushändigen, behandelte sie mit Schwefelsäure und gab sie anschließend mit Zertifikat wieder zurück. Ob das Resultat der Performance dann als Kunstwerk in die eigene Sammlung übergang oder bei einem Geldinstitut eingetauscht wurde – wie für beschädigte Geldnoten vorgesehen –, blieb den Besitzer\*innen der künstlerischen Wertpapiere überlassen. Durchgeführt hat Cesare Pietroiusti diese Performance bereits des Öfteren, unter anderem im MUSEION in Bozen und in der Galleria Furini in Rom 2013, wo die Finanzpolizei vorstellig wurde und die Aktion unterbrach.







# Vergessene Geschichte

## Die Zerschlagung der Südtiroler Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg

Christine Kofler

Es gibt Kapitel der Südtiroler Zeitgeschichte, die sind hinlänglich bekannt. Abendfüllend ausgewalzt. Kontrovers diskutiert, vielfach instrumentalisiert. Die Annexion etwa. Die Option. Die Bombenjahre. Und dann gibt es andere, sang- und klanglos verschluckt vom Treibsand der Zeit. Zu diesen gehört die Geschichte der Südtiroler Sozialdemokratie. So ist der auf den ersten Blick etwas reißerische Titel *Vergessene Geschichte. Die Zerschlagung der Südtiroler Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg* (Hrsg: Kulturverein GESCHICHTE & ZUKUNFT des Gewerkschaftsbundes AGB/CGIL) gar nicht so unberechtigt, beleuchtet das Buch doch der Allgemeinheit kaum bekannte Ereignisse und Entwicklungen der Regionalgeschichte: die Südtiroler Arbeiterbewegung kurz vor und nach dem Ersten Weltkrieg und – in einem zweiten Abschnitt – den Entwurf eines Autonomiekonzeptes der sozialdemokratischen Partei im Jahr 1920. 1890 wurde die erste sozialdemokratische Partei Tirols gegründet – später als anderswo. Mit ihrem Aufstieg eng verknüpft ist die Frauenrechtsbewegung, der im Buch gleich mehrere Kapitel eingeräumt werden. So beschreibt Autor Günther Rauch neben den vorwiegend männlichen, führenden Köpfen der Südtiroler Sozialdemokraten auch Frauenrechtler\*innen, die sich vom Verbot der Zugehörigkeit der Frauen zu politischen Vereinen durch das österreichische Vereinsgesetz nicht abhalten ließen und öffentlich in Meran und Bozen auftraten – etwa Adele Schreiber. Anekdoten und Auszüge von Originaltexten sind ebenso wie die Porträts politischer Aktivist\*innen grafisch gekennzeichnet und bringen Abwechslung in den Haupttext. In diesem steht der einen oder anderen Ungenauigkeit eine Fülle an gut recherchierten Daten und Fakten entgegen.

Die journalistisch-zeithistorische Recherche betont die sprachgruppenübergreifende Vernetzung und Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Verbände vor 1914 und den gemeinsamen Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht, zuerst für jenes der Italiener\*innen in Tirol, anschließend für dasselbe Recht der Deutschsprachigen im Königreich Italien. Den Bau des Bozner Gewerkschaftshauses im Jahr 1910 beschreibt Rauch als Höhepunkt der Entwicklung der Arbeiterverbände; eine Entwicklung, die durch den ersten Weltkrieg jäh unterbrochen wurde. Zwar erfolgte nach Kriegsende der rasche Wiederaufbau der politischen Organisationen der Südtiroler Arbeiter-

schaft, allerdings waren diese seit Kriegseintritt sowohl von den österreichischen als auch von den italienischen Gewerkschaften abgekappt.

Zudem stemmten sich der Klerus und ein Teil der Südtiroler Wirtschaftstreibenden gegen die Sozialdemokraten. Die Machtergreifung Mussolinis und der Raub des Gewerkschaftshauses im Sommer 1923 durch die faschistischen *Corporazioni* bildete das vorläufige Ende einer eigenständigen Südtiroler Gewerkschaftsbewegung. Nach 1945 war die Sozialdemokratie – so Autor Josef Perkmann im zweiten Abschnitt des Buches – in der ethnischen Polarisierung gefangen; es gelang nicht mehr, auf den Erfahrungsschatz vor 1920 zurückzugreifen und eine sprachgruppenübergreifende, geeinte linke Bewegung aufzubauen.

Alles hat ein vorher – und das vorher ist wichtig für das jetzt. So liefert das Buch einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der gegenwärtigen Südtiroler Politiklandschaft.



### Autorinnen und Autoren

- Hannes Egger**  
Künstler, Autor, Lana
- Susanne Ursula Elsen**  
Professorin für angewandte Sozialwissenschaft,  
Universität Bozen, Brixen/Schleswig Holstein
- Karl Gudauner**  
Jurist, Publizist, Bozen
- Christine Kofler**  
Literaturwissenschaftlerin, Meran
- Giovanni Leghissa**  
Professor für Philosophie, Universität Turin, Turin
- Cesare Pietroiusti**  
Künstler, Rom
- Wolfgang Pircher**  
Professor i.R. für Philosophie, Universität Wien, Wien
- Anna Maria Parteli**  
Studentin, Vahrn/Salzburg
- Haimo Perkmann**  
Kulturjournalist, Meran
- Sonja Steger**  
Autorin, Kulturarbeiterin, Schenna
- Birgit Stimpfl**  
Lehrkraft für Betriebswirtschaft an der  
Wirtschaftsfachoberschule Meran, Lana
- Judith Welter**  
Direktorin Kunsthaus Glarus, Glarus/Zürich
- Lydia Zimmer**  
Literaturexpertin und -vermittlerin, Basel

**Apropos Wirtschaft:**  
**Kulturelemente erzeugen beim Lesen  
einen kulturellen Mehrwert.**

Vergessen sie nicht die Erneuerung des  
*Kulturelemente* Jahresabos im Januar mit  
der Einzahlung von € 22 (Italien) bzw. € 29  
(Ausland) auf folgendes Konto der Südtiroler  
Sparkasse IT30F0604511601000001521300

Vielen Dank! Die Redaktion

  
STIFTUNG SÜDTIROLER SPARKASSE  
FONDAZIONE CASSA DI RISPARMIO DI BOLZANO

**Wir stiften Kultur  
Promuoviamo cultura**